

Einladung

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 12.10.2015, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 01.10.2015

1. An die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses
2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.07.2015
- TOP 4 Einwohnerfragestunde
- TOP 5 Bericht Ergebnis öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt" 2009 bis 2012
Vorlage: 2015/120
- TOP 6 Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung
"Wochenmarkt"
Vorlage: 2015/132
- TOP 7 Bericht Ergebnis kostenrechnende Einrichtung "Straßenreinigung" 2011
und 2012
Vorlage: 2015/117
- TOP 8 Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die öffentliche Einrichtung
Straßenreinigung
Vorlage: 2015/131

Einladung

- TOP 9 Bericht Ergebnis Kostenrechnung zentrale Schmutzwasserbeseitigung
2011 und 2012
Vorlage: 2015/116
- TOP 10 Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur
Beseitigung von Schmutzwasser
Vorlage: 2015/133
- TOP 11 Bericht Ergebnis Kostenrechnung dezentrale Schmutzwasserbeseitigung
2011 und 2012
Vorlage: 2015/115
- TOP 12 Festsetzung der Gebührensätze 2016 für die dezentrale Einrichtung zur
Beseitigung von Schmutzwasser
Vorlage: 2015/134
- TOP 13 Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur
Beseitigung von Niederschlagswasser
Vorlage: 2015/135
- TOP 14 Gebührensatzsatzung 2016 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasser-
beseitigung und Straßenreinigung
Vorlage: 2015/136
- TOP 15 Haushalt 2010 - Beschluss über die Jahresrechnung 2010 - Entlastung
des Bürgermeisters
Vorlage: 2015/122
- TOP 16 Erlass einer Spielgerätesteuersatzung
Vorlage: 2015/154
- TOP 17 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016
Vorlage: 2015/137
- TOP 18 Einwohnerfragestunde
- TOP 19 Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen
gez. von Essen
Bürgermeister

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2015/120

freigegeben am **09.09.2015**

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 02.07.2015

Bericht Ergebnis öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt" 2009 bis 2012

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

12.10.2015

Gremium

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Ergebnisse der Kostenrechnungen „Wochenmarkt“ für 2009 bis 2012 werden zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Allgemeines

Für die Teilnahme am Wochenmarkt werden auf der Grundlage einer Satzung Gebühren festgesetzt. Am 27.02.2007 wurde vom Rat eine Gebühr für den Wochenmarkt für drei Jahre (2007 bis 2009) in Höhe von 1,60 € pro angefangenen Meter Frontlänge je Marktbesuch beschlossen.

Die öffentliche Interessenquote von 20 % für die öffentliche Einrichtung „Wochenmarkt“ wurde nicht verändert (Vorlage 194/2006). Der Gebührensatz und die öffentliche Interessenquote wurden auch für 2010 beibehalten (Vorlage 199/2009). In dieser Vorlage wurde auch über die Ergebnisse der Kostenrechnungen 2006 bis 2008 berichtet.

Auch in den Jahren 2011 (Vrl. 2010/152) und 2012 (Vrl. 2011/169) wurden der Gebührensatz und die öffentliche Interessenquote nicht verändert. In den vorgenannten Vorlagen und der Vorlage 151/2013 wurde bereits näher auf einzelne Kostenpositionen eingegangen. Die letzten Kostenpositionen pro Jahr (Regiekosten und öffentliche Toilette), die bislang noch nicht feststanden, konnten ermittelt werden.

Ergebnis der Kostenrechnungen 2009 bis 2012

Die Ergebnisse der Kostenrechnungen 2009 bis 2012 für die kostenrechnende Einrichtung Wochenmarkt stehen fest und wurden in der folgenden Tabelle gegenübergestellt.

Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012
Frischwasser	1,80 €	1,80 €	1,80	1,80
Stromkosten	1.206,50 €	1.291,37 €	1.444,11	1.436,83
Erwerb v. geringf. Vermögen	0,00 €	0,00 €	10,90 €	0,00 €
Abfallbeseitigung	3.750,00 €	3.750,00 €	3.750,00	3.750,00
Kosten Verlegung Marktplatz	157,08 €	161,84 €	0,00 €	187,43 €
Bekanntmachungskosten	86,82 €	47,84 €	47,97 €	0,00 €
Regiekosten/Umlage	21.982,40 €	9.686,75 €	12.803,65 €	12.201,75 €
Personalkosten Verwaltung	4.812,86 €	4.859,65 €	4.958,24 €	5.103,89 €
Öffentliche Toilette	1.017,53 €	623,68 €	591,79 €	601,22 €
insgesamt:	33.014,99 €	20.422,93 €	23.608,46 €	23.282,92 €
Erträge				
Benutzungsgebühren	16.081,20	16.448,00	16.449,60 €	16.676,80 €
Erstattung Verwaltungsausgaben	2.185,40	2.339,12	2.345,00 €	2.333,18 €
insgesamt:	18.266,60	18.787,12	18.794,60 €	19.009,98 €
Überschuss/Defizit:	-14.748,39 €	-1.635,81 €	-4.813,86 €	-4.272,94 €

Regiekosten / Umlage

Mit der Einführung der Doppik ab 2009 wurde die Regiekostenberechnung auf eine andere Berechnungsgrundlage gestellt. Erst seitdem alle Abschreibungen bei den Produkten für die einzelnen Jahre gebucht wurden, konnte eine „Ist-Verteilung bzw. Umlage“ der Regiekosten auf den entsprechenden Produkten vorgenommen werden. Für 2009 sind Regiekosten in Höhe von 21.982,40 € bei dem Produkt „Wochenmarkt“ entstanden. Die Prozentsätze, die für die „Ist-Verteilung/Umlage“ der Regieprodukte (Gemeindeorgane, Gleichstellung, Finanzverwaltung, Personalangelegenheiten und Organisation) maßgeblich sind, wurden für 2010 überprüft. Durch diese Überprüfung haben sich die Regiekosten für 2010 erheblich verringert auf insgesamt 9.686,75 €. In den Jahren 2011 und 2012 sind die Regiekosten wieder etwas gestiegen auf 12.803,65 € und 12.201,75 €.

Öffentliche Toilette

Das Produkt „Öffentliche Toilette“ (WC Marktplatz, WC Denkmalsplatz und WC Rennplatz) musste auch anteilige Regiekosten und Abschreibungen übernehmen. Daher konnten erst jetzt die genauen Beträge für die anteiligen Aufwendungen beziffert werden. Für 2009 betragen die Aufwendungen für die öffentliche Toilette „Marktplatz“ insgesamt 1.017,53 €. Da sich auch hier die Überprüfung der Prozentsätze für die „Ist-Verteilung/Umlage“ der Regieprodukte im Jahre 2010 bemerkbar macht, fallen für 2010 die anteiligen Kosten der öffentlichen Toilette in Höhe von 623,68 € geringer aus. Wie im Jahre 2010 fallen für 2011 und 2012 die Kosten der öffentlichen Toilette in Höhe von 591,79 € und 601,22 € recht konstant aus.

Benutzungsgebühren und Erstattung von Verwaltungsausgaben (Strom)

Die Gebühreneinnahmen und die Erstattung von Verwaltungsausgaben der Jahre 2009 bis 2012 sind stetig gestiegen. Grund für die Mehreinnahmen ist die höhere Auslastung des Marktplatzes durch weitere Marktstände. Sind mehr Marktstände vorhanden, dann wird auch mehr Strom verbraucht.

Abzug der öffentlichen Interessenquote und Fortschreibung der Ergebnisse

Ergebnis 2009	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtl.)	Abzügl. Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Ergebnis	66,58 %	20%	80%	
Aufwendungen	33.014,99 €	21.982,40 €	6.603,00 €	26.411,99 €	
Erträge	18.266,60 €	0,00 €	0,00 €	18.266,60 €	
	-14.748,39 €	21.982,40 €	6.603,00 €	-8.145,39 €	-8.145,39 €

Bemerkung: Abzüglich der 20%igen Öffentl. Interessenquote ergibt sich Defizit v. 8.145,39 €

Ergebnis 2010	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtl.)	Abzügl. Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Ergebnis	47,43 %	20%	80%	
Aufwendungen	20.422,93 €	9.686,75 €	4.084,59 €	16.338,34 €	
Erträge	18.787,12 €	0,00 €	0,00 €	18.787,12 €	
	-1.635,81 €	9.686,75 €	4.084,59 €	2.448,78 €	-5.696,61 €

Bemerkung: Abzüglich der 20%igen Öffentl. Interessenquote ergibt sich ein Überschuss v. 2.448,78 €

Ergebnis 2011	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtl.)	Abzügl. Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Ergebnis	54,23 %	20%	80%	
Aufwendungen	23.608,46 €	12.803,65 €	4.721,69 €	18.886,77 €	
Erträge	18.794,60 €	0,00 €	0,00 €	18.794,60 €	
	-4.813,86 €	12.803,65 €	4.721,69 €	-92,17 €	-5.788,78 €

Bemerkung: Abzüglich der 20%igen Öffentl. Interessenquote ergibt sich ein Defizit v. 92,17 €

Ergebnis 2012	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtl.)	Abzügl. Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Ergebnis	52,41 %	20%	80%	
Aufwendungen	23.282,92 €	12.201,75 €	4.656,58 €	18.626,34 €	
Erträge	19.009,98 €	0,00 €	0,00 €	19.009,98 €	
	-4.272,94 €	0,00 €	4.656,58 €	383,64 €	-5.405,14 €

Bemerkung: Abzüglich der 20%igen Öffentl. Interessenquote ergibt sich ein Überschuss v. 383,64 €

Der Rat der Gemeinde Rastede hat entschieden, das entstandene Defizit aus dem Jahre 2006 (1.352,13 €) nicht auszugleichen und die entstandenen Überschüsse der Jahre 2007 (1.621,16 €) und 2008 (3.242,85 €) nicht fortzuschreiben. In das Jahr 2009 ist somit kein fortgeschriebenes Defizit oder Überschuss zu übertragen.

Das Defizit aus dem Jahre 2009 unter Berücksichtigung der 20 %igen öffentlichen Interessenquote in Höhe von 8.145,39 € wird mit dem Überschuss aus 2010 in Höhe von 2.448,78, dem Defizit aus 2011 in Höhe von 92,17 € und dem Überschuss aus 2012 in Höhe von 383,64 € fortgeschrieben.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/132**freigegeben am **10.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015**Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung
"Wochenmarkt"****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Gebührensatz für Marktstandgelder wird nicht verändert. Er beträgt weiterhin 1,70 € pro laufenden Meter.

Die Berücksichtigung der 20prozentigen Interessenquote findet zunächst weiterhin Anwendung.

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinde Rastede betreibt eine öffentliche Einrichtung „Wochenmarkt“. Für die Teilnahme am Wochenmarkt werden auf der Grundlage einer Satzung Gebühren erhoben.

Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr ist die Nachkalkulation für 2014 auf der Basis von „Istzahlen“. Lediglich die Positionen Regiekosten und Abschreibungen für die „Öffentliche Toiletten“ stehen endgültig noch nicht fest. Bei der Nachkalkulation für 2015 handelt es sich um nachkalkulierte Planzahlen.

Die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2014 und 2015 stellen sich wie folgt dar. Die kalkulierten Ansätze für die Gebührenberechnung 2016 wurden angereicht.

Entwicklung der Aufwendungen für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

	Nachkalkulation 2014	Nachkalkulation 2015	Kalkulation 2016
Frischwasser	1,80 €	1,80 €	1,80 €
Abwassergebühren	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Stromkosten	2.066,93 €	2.000,00 €	2.000,00 €

Erwerb v. geringwertigem Vermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Abfallbeseitigung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Kosten Verlegung Marktplatz	0,00 €	100,00 €	100,00 €
Bekanntmachungskosten	0,00 €	100,00 €	100,00 €
Regiekosten	11.500,00 €	11.500,00 €	11.700,00 €
Personalk. Verw./ direkte Buchung	5.398,51 €	5.700,00 €	5.800,00 €
Öffentl. Toilette	1.100,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €
insgesamt:	20.067,24 €	20.601,80 €	20.901,80 €

Aus der oben eingefügten Tabelle ist zu entnehmen, dass es keine gravierenden Veränderungen bei den Kostenpositionen gibt. Für die Regiekosten gibt es noch keine „Ist-Werte“, für 2016 wurde eine leichte Kostensteigerung eingerechnet. Auch bei den Personalkosten wurde eine Steigerung für 2015 und 2016 einkalkuliert.

Die Regiekosten und Abschreibungen für das Produkt „Öffentliche Toiletten“ sind noch nicht im „Ist“ gebucht worden, daher stehen tatsächliche Kosten noch nicht zur Verfügung. Um evtl. Preissteigerungen abzufangen, wurde ab 2015 dieser Ansatz auf 1.200 € kalkuliert.

Entwicklung der Erträge für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

	Nachkalkulation	Nachkalkulation	Kalkulation
	2014	2015	2016
Benutzungsgebühren	17.085,90 €	17.100,00 €	17.100,00 €
Erstattung von Verwaltungsausgaben (Strom)	2.360,28 €	2.300,00 €	2.300,00 €
insgesamt:	19.446,18 €	19.400,00 €	19.400,00 €

2014 wurde der Gebührensatz um 10 Cent von 1,60 € auf 1,70 € pro laufender Meter Marktstand erhöht. An Gebühreneinnahmen und bei der Erstattung von Verwaltungsausgaben konnten für 2014 insgesamt 19.446,18 € Erträge verzeichnet werden. In der Nachkalkulation für 2015 und in der Gebührenberechnung für 2016 wurde mit den gleichen Gebühreneinnahmen von rd. 19.400 € kalkuliert.

Entwicklung der Aufwendungen abzüglich der Erträge für die Kostenrechnung „Wochenmarkt“

		+ = Überschuss - = Defizit
2012	Fortschreibung d. kumulierten Defizites bis 31.12.2012	-5.405,14 €
2013	Überschuss des Jahres 2013 = Nachkalkulation 2013	2.113,77 € -3.291,37 €

Nachkalkulation 2014

	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	- = Defizit
	Kalkulation	57,31 %	20%	80%	
Kosten	20.067,24 €	11.500,00 €	4.013,45 €	16.053,79 €	
Einnahmen	19.446,18 €			19.446,18 €	
	-621,06 €	11.500,00 €	4.013,45 €	3.392,39 €	101,02 €

Nachkalkulation 2015

	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	- = Defizit
Kalkulation		55,82 %	20%	80%	
Kosten	20.601,80 €	11.500,00 €	4.120,36 €	16.481,44 €	
Einnahmen	19.400,00 €			19.400,00 €	
	-1.201,80 €	11.500,00 €	4.120,36 €	2.918,56 €	3.019,58 €

**Gebührenberechnung
2016**

	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	Verbleiben gebühren- relevante Kosten	- = Defizit
Kalkulation		55,98 %	20%	80%	
Kosten	20.901,80 €	11.700,00 €	4.180,36 €	16.721,44 €	
Einnahmen	19.400,00 €	0,00 €	0,00 €	19.400,00 €	
	-1.501,80 €	11.700,00 €	4.180,36 €	2.678,56 €	5.698,14 €

Unter Berücksichtigung der öffentlichen Interessenquote ergibt sich für 2016 ein kalkulierter Gesamtüberschuss in Höhe von rund 5.700 €. Da die Höhe der Regiekosten und die anteiligen Kosten für das Produkt „Öffentliche Toiletten“ nicht bekannt sind, sollte von einer Änderung des Gebührensatzes oder einer Anpassung der öffentlichen Interessenquote abgesehen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine.

Mitteilungsvorlage**Vorlage-Nr.: 2015/117**freigegeben am **09.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 02.07.2015**Bericht Ergebnis kostenrechnende Einrichtung "Straßenreinigung"
2011 und 2012****Beratungsfolge:****Status**

Ö

Datum

12.10.2015

Gremium

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Ergebnisse der Kostenrechnung 2011 und 2012 werden zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Die Kostenrechnungen 2011 und 2012 für die kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung wurden fertig gestellt. Die Kostenposition „Regiekosten“ steht fest und alle Buchungen wurden nach sächlichen und zeitlichen Abgrenzungen überprüft. In den Vorlagen 170/2011 und 154/2012 wurde unter der Rubrik „Nachkalkulation 2011“ und „Nachkalkulation 2012“ bereits näher auf die Kostenpositionen eingegangen. Daher werden in diesem Bericht nur noch die gravierenden Veränderungen angesprochen.

Ergebnisse 2011 und 2012 der Kostenrechnung "Straßenreinigung"

	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012
Fremdfirma	47.807,49 €	47.805,49 €
Straßeneinlaufschächte	2.856,75 €	5.624,44 €
Personalkosten	6.349,33 €	6.811,61 €
Kosten des Bauhofes	2.500,00 €	2.500,00 €
Kehrgutentsorgung	39.785,07 €	16.488,87 €
Regiekosten	12.482,90 €	11.757,68 €
Gesamtkosten:	111.781,54 €	90.988,09 €
Abzugskosten		
15 % öffentliche Flächen	16.767,23 €	13.648,21 €
10 % Allgemeininteresse	11.178,15 €	9.098,81 €

Gebührenrelevante Kosten	83.836,16 €	68.241,07 €
Gesamteinnahmen	65.926,48 €	90.091,75 €
Ergebnis:	-17.909,68 €	21.850,68 €
Überschuss aus Vorjahren	2.647,99 €	-15.261,69 €
Fortschreibung des kumulierten Überschusses/Defizits:	-15.261,69 €	6.588,99 €

Erläuterungen zur oben angegebenen Tabelle im Einzelnen:

Straßeneinlaufschächte

Für 2012 sind die Kosten für die Reinigung der Straßeneinlaufschächte doppelt so hoch, weil im Jahre 2011 die Straßeneinlaufschächte einmal und im Jahre 2012 zweimal gereinigt wurden.

Kehrgutentsorgung

Ab 2010 sind die Deponiegebühren erheblich gestiegen, weil die Gemeinden verpflichtet wurden, das gesamte Kehrgut über die Deponie zu entsorgen. Durch Untersuchungen wurde nachgewiesen, dass das Kehrgut (Sand und Laub) mit Schadstoffen belastet ist. Im Jahre 2011 wurde mit einem Kostenaufwand in Höhe von 16.000 € kalkuliert. Tatsächlich sind 2011 Kosten für die Komplettdponierung (Fahrt u. Deponiekosten) in Höhe von 39.785,07 € angefallen. Das Kehrgut im Jahre 2011 wurde auf dem Bauhof gelagert. Witterungsbedingt ist das Kehrgut durch die lange Lagerung schwerer geworden. Da die Deponiegebühren nach dem Gewicht des angelieferten Kehrgutes berechnet werden, sind diese erheblich höher ausgefallen als kalkuliert. Durch die hohen Kosten des Jahres 2011 wurde im Jahre 2012 in der Gebührensatzberechnung mit 45.000 € Deponiekosten kalkuliert. Tatsächlich sind Deponiekosten für 2012 in Höhe von 16.488,87 € entstanden. Ab 2012 wurde das Kehrgut gleich nach der Aufnahme entsorgt.

Gebührenrelevante Kosten

Durch die Rechtsprechung wurde festgelegt, dass die öffentliche Interessenquote innerhalb des von der Straßenreinigung betroffenen Gebietes mindestens 25% der Straßenreinigungsgesamtkosten betragen muss, wobei 15% auf Flächen entfallen, für die es keine Anlieger gibt und 10% auf Flächen, die den Durchgangsverkehr betreffen. Daher hat die Gemeinde Rastede - wie allgemein üblich - den Allgemeinkostenanteil auf 25% festgeschrieben. Die Abzugskosten werden von den Gesamtkosten berechnet. Da die Gesamtkosten im Ergebnis 2011 höher sind als im Jahre 2012, fallen die Abzugskosten auch entsprechend höher aus. Abzüglich des Allgemeinkostenanteils in Höhe von 25 %, ergeben sich gebührenrelevante Kosten für 2011 in Höhe von 83.836,16 € und für 2012 Kosten in Höhe von 68.241,07 €.

Einnahmen

Im Ergebnis der Kostenrechnung Straßenreinigung für 2011 konnten bei einem Gebührensatz von 16,50 € insgesamt 65.926,48 € Gebühreneinnahmen verzeichnet werden. Für 2012 wurden im Ergebnis Gebühreneinnahmen in Höhe von 90.091,75 € erzielt. Grund für die höheren Gebühreneinnahmen ist der für 2012 gültige Gebührensatz in Höhe von 22,50 € pro Einheit (2011 = 16,50 € pro Einheit).

Ergebnis

Das Ergebnis 2011 der Kostenrechnung Straßenreinigung weist ein Defizit in Höhe von 17.909,68 € auf. Abzüglich des vorhandenen Überschusses aus Vorjahren in Höhe von 2.647,99 €, verbleibt ein Defizit in Höhe von 15.261,69 €, der in das Ergebnis für 2012 einfließt. Durch die Anhebung des Gebührensatzes und den erheblich geringer ausgefallenen Deponiekosten für 2012 wurde im Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 21.850,68 € (ohne Vorjahre) bei einem Gesamtvolumen der gebührenrelevanten Kosten in Höhe von 68.241,07 € festgestellt. Unter Berücksichtigung des fortgeschriebenen Defizits aus dem Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 15.261,69 €, schließt das Gesamtergebnis zum 31.12.12 mit einem Gesamtüberschuss in Höhe von 6.588,99 € ab. Dieser Betrag wird in das Rechnungsjahr 2013 übertragen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Anlage 1 - Ergebnis der Kostenrechnung „Straßenreinigung“ für 2011

Anlage 2 - Ergebnis der Kostenrechnung „Straßenreinigung“ für 2012

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/131**freigegeben am **09.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015**Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die öffentliche
Einrichtung Straßenreinigung****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung legt für 2016 den Gebührensatz unverändert für die Kostenrechnung der Einrichtung „Straßenreinigung“ fest:

Gebührensatz für die Einrichtung Straßenreinigung

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung beträgt 13,00 € pro Einheit.

Sach- und Rechtslage:

Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr sind die Nachkalkulation 2014 auf der Basis von „Istzahlen“ und die Nachkalkulation 2015 auf der Basis von Planzahlen. Um die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2014 und 2015 besser vergleichen zu können, wurden sie in der nachfolgenden Tabelle gegenübergestellt. Die kalkulierten Ansätze für die Gebührenberechnung 2016 wurden angereicht.

Kostenpositionen Gebührensatz	Nachkalkulation 2014 15,60 €	Nachkalkulation 2015 13,00 €	Gebühren- berechnung 2016 ?
Reinigungskosten Fremdfirma	47.256,01 €	50.000,00 €	50.000,00 €
Deponiekosten	14.480,11 €	16.000,00 €	16.000,00 €
Personalkosten	8.567,02 €	11.000,00 €	11.500,00 €
Regiekosten	11.040,00 €	11.100,00 €	11.500,00 €
Gesamtkosten	81.343,14 €	88.100,00 €	89.000,00 €

Für das Jahr 2014 sind Reinigungskosten der Fremdfirma in Höhe von 47.256,01 € angefallen. Laut Reinigungsvertrag kann die Fremdfirma Mehrkosten aufgrund von tariflichen Lohn- oder Dieselkraftstoffpreisänderungen in Rechnung stellen. Für die Jahre 2015 und 2016 wurde mit Reinigungskosten in Höhe von 50.000 € kalkuliert.

Für die Entsorgung des mit Schadstoffen belasteten Kehrgutes fallen Transport- und Deponiekosten an. 2014 betrugen die Deponiekosten 14.480,11 €, für 2015 und 2016 wurde / wird mit einem Betrag in Höhe von 16.000 € kalkuliert.

Gegenüber Personalaufwendung von 8.500 € für das Jahr 2014 wurde/wird in Folgejahren mit einem Personalaufwand von 11.000 € kalkuliert, da zwischenzeitlich Tarifänderungen in Kraft getreten sind.

Für 2014 wurden Regiekosten in Höhe von 11.040,70 €, für 2015 von 11.100 € und für 2016 von 11.500 € kalkuliert.

Von den Gesamtkosten werden 15 % (Kosten für die Reinigung der Öffentlichkeit zugänglichen Park- und Grünanlagen sowie Straßenkreuzungen und -einemündungen, Verkehrsinseln usw.) und von 10 % (Straßenreinigung im Interesse des Durchgangsverkehrs) abgezogen entsprechend der aktuellen Rechtsprechung.

Die Gebühreneinheiten sind Grundlage für die Ermittlung der Straßenreinigungsgebühr. Für 2016 wurde mit den gleichen Gebühreneinheiten wie 2014 und 2015 kalkuliert mit der Maßgabe, dass Straßen in den Neubaugebieten durch die Anlieger selbst zu reinigen sind.

	Nachkalkulation 2014	Nachkalkulation 2015	Gebühr 2016
Gebührensatz	15,60 €	13,00 €	Vorschlag 13,00 €
Gebührenaufkommen	62.821,41 €	52.474,50 €	52.491,40 €
gebührenrelevante Kosten	61.007,36 €	66.075,00 €	66.750,00 €
Überschuss/Defizit lfd. Jahr:	1.814,06 €	-13.600,50 €	-14.258,60 €
Überschuss des Vorjahres	37.212,63 €	39.026,68 €	25.426,18 €
Fortschreibung Überschuss	39.026,68 €	25.426,18 €	11.167,58 €

Weil die Deponiekosten in den letzten Jahren erheblich geringer ausgefallen sind und um den hohen Überschuss von Vorjahren abzubauen, wurde die Straßenreinigungsgebühr für 2015 gesenkt auf 13,00 €.

Da die Regiekosten 2013 bis 2015 in tatsächlicher Höhe noch nicht feststehen und fraglich ist, ob sich die tatsächlichen Deponiekosten für 2015 und 2016 im geplanten Rahmen bewegen werden, schlägt die Verwaltung vor, den Gebührensatz in Höhe von 13,00 € beizubehalten.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Vorlage.

Anlagen:

Berechnung des Gebührensatzes der Straßenreinigung.

Mitteilungsvorlage**Vorlage-Nr.: 2015/116**freigegeben am **09.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 01.07.2015**Bericht Ergebnis Kostenrechnung zentrale
Schmutzwasserbeseitigung 2011 und 2012****Beratungsfolge:****Status**

Ö

Datum

12.10.2015

Gremium

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Ergebnisse der Kostenrechnungen „Zentrale Abwasserbeseitigung“ für 2011 und 2012 werden zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:**Allgemein**

In den Vorlagen 172/2011, 163/2012 und 121/2013 wurde unter der Rubrik Nachkalkulation 2011 und 2012 näher auf wesentliche Positionen eingegangen. Die Kostenpositionen „Kalkulatorische Kosten“, „Regiekosten“ und die Kosten, die das Produkt „Fäkalschlamm“ für die Reinigung des Fäkalschlammes an das Produkt „Abwasserbeseitigung Schmutzwasser“ zu zahlen hat, stehen fest und alle Buchungen wurden nach sachlichen und zeitlichen Abgrenzungen überprüft.

In der nachfolgenden Tabelle wurden die Erträge, der sachliche Betriebsaufwand und die kalkulatorischen Kosten für 2011 und 2012 gegenübergestellt:

Schmutzwasser in Euro

	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012
Sachl. Betriebsaufwand	941.071,37	942.350,19
Abschreibungen	669.618,61	672.600,04
Kalk. Zinsen	435.038,60	457.363,25
Aufwendungen	2.045.728,58	2.072.313,48
Erträge	2.146.383,21	2.103.217,01
Saldo	100.654,63	30.903,53

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Der Sachliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand fällt im Jahre 2011 nur insgesamt 1.278,82 € geringer aus als im Jahre 2012. Als Anlagen sind die Betriebsabrechnungsbogen 2011 und 2012 dieser Vorlage beigelegt. Bei den Kostenarten wurden die Ist-Werte im sachlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand mit den jeweiligen Plandaten des Jahres verglichen. Abweichungen von über 20.000 € werden nachfolgend näher erläutert. Die vorgenannten Ziffern wurden der Übersichtlichkeit wegen vorangestellt. Auf die als Anlage beigelegten Betriebsabrechnungsbögen wird insoweit verwiesen.

2011

421100 Unterhaltung der baulichen Anlagen

Von den eingeplanten 57.600 € für die Unterhaltung der baulichen Anlagen konnten rund 25.000 € eingespart werden. Die geplante Fenstersanierung in Höhe von 18.000 € wurde rd. 8.000 € günstiger.

422100 Unterhaltung des beweglichen Vermögens

Bei dieser Kostenposition wurden im Jahre 2011 insgesamt rd. 36.000 € von geplanten 56.500 € eingespart. Der Ansatz für die Unterhaltung des beweglichen Vermögens ist schwer zu kalkulieren, da nicht im Voraus erkennbar ist, welche Maschinen auf der Kläranlage repariert werden müssen.

427101 Strom und Gas

An Strom- und Gaskosten wurden für 2011 insgesamt 112.000 € kalkuliert. Tatsächlich sind Kosten in Höhe von 135.019,60 € angefallen. Grund für die Mehrausgaben ist eine Preissteigerung von Strom.

427114 Kosten der Schlammabseitung

Dieser Ansatz ist schwer zu kalkulieren, da nicht genau berechnet werden kann, wie viel Mittel bei der Schlammabseitung an Eisensulphat, Brandkalk usw. benötigt werden. Weitere Kosten entstehen durch die Verwertung des Klärschlammes durch eine Fremdfirma. Im Ergebnis 2011 sind rd. 26.500 € Minderausgaben bei einem kalkulierten Ansatz in Höhe von 188.000 € entstanden.

2012

421200 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens

Unter dieser Kostenart werden die jährlichen Spülungen und Reparaturen der Kanalleitungen gebucht. Es wurde ein Ansatz in Höhe von 105.000 € eingeplant, wovon 55.000 € als Pauschale für Reparaturen und 50.000 € als Pauschale für die jährlichen Spülungen der Kanalleitungen kalkuliert wurden.

427114 Kosten der Schlammabseitung

Wie oben unter BAB 2011 bereits beschrieben, ist diese Kostenart schwer zu kalkulieren. Der Ansatz wurde auf 202.000 € veranschlagt und die tatsächlichen Kosten betragen im Ergebnis insgesamt 142.825,30 €.

Kalkulatorische Kosten

Die Abschreibungen sind im Jahre 2012 minimal um 2.981,43 € und die kalkulatorischen Zinsen um 22.324,65 € gegenüber 2011 gestiegen. Der Gesamtwert der Anlage, abzüglich bisher aufgelaufener Abschreibungen, zuzüglich dem Wertzuwachs durch Investitionen und unter Berücksichtigung des gegenzurechnenden Abzugskapitals (Beiträge und Zuschüsse) ergibt den jährlichen Restbuchwert.

Der Restbuchwert für 2011 beträgt 7.250.643,39 €. Im Jahre 2012 ist der kalkulatorische Restwert auf 7.622.720,80 € gestiegen.

Erträge

Bei dem festgesetzten Gebührensatz in Höhe von 2,55 € pro cbm ergeben sich rechnerisch Erträge in Höhe von 2.217.987,45 € für 2011 und 2.109.441,60 € im Jahre 2012. Tatsächlich wurden Benutzungsgebühren für 2011 in Höhe von 2.136.831,69 € und für 2012 in Höhe von 2.093.687,22 € eingenommen. Hinzugerechnet werden noch die sonstigen Einnahmen (Genehmigungsgebühren, Gebühren für die Schlammabeseitigung, Kostenerstattungen usw.), sodass für 2011 insgesamt Erträge in Höhe von 2.146.383,21 € und für 2012 2.103.217,01 € verzeichnet werden konnten. Dies erklärt sich dadurch, dass der Erhebungszeitraum für die Abwassergebühren und –menge sich nicht auf ein Haushaltsjahr, sondern auf ein Abrechnungsjahr (Ableseperiode) bezieht.

Abschlussergebnis

Vorläufige jährliche Entwicklung des Überschusses/Defizits

Jahr	Fortschreibung	jährliche Entwicklung
bis 31.12.08	586.547,31	173.695,50
bis 31.12.09	643.361,62	56.814,31
bis 31.12.10	815.074,85	171.713,23
bis 31.12.11	915.729,48	100.654,63
bis 31.12.12	946.633,01	30.903,53

Obwohl im Jahre 2009 der Gebührensatz von 2,60 € (2008) auf 2,55 € gesenkt wurde, reichte dies nicht aus, um den kumulierten Überschuss abzubauen. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob der hohe Überschuss abgebaut werden kann.

Hinweis: Für 2013 wurde ein Gebührensatz in Höhe von 2,40 €, 2014 = 2,30 € und für 2015 = 2,10 € pro cbm Abwasser beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Anlage 1 - BAB der Kostenrechnung Abwasserbeseitigung Schmutzwasser für 2011

Anlage 2 - BAB der Kostenrechnung Abwasserbeseitigung Schmutzwasser für 2012

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/133**freigegeben am **10.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015**Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung legt für 2016 den Gebührensatz unverändert für die kostenrechnende Einrichtung „zentrale Abwasserbeseitigung“ fest:

Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,10 €

Sach- und Rechtslage:

In der nachfolgenden Tabelle wurden die Erträge, der sachliche Betriebsaufwand und die kalkulatorischen Kosten gegenüber gestellt.

	2014 mit Ist-Beträgen und teilweise Nachkalkulationsbeträgen	2015 mit nachkalkulierten Planzahlen
Erträge	1.986.577,68	1.729.670,43
Sachl. Betriebsaufwand	993.756,49	1.013.826,76
Abschreibungen	672.600,04	672.600,04
Kalk. Zinsen	384.925,30	230.955,18
Aufwendungen	2.051.281,83	1.917.381,98
Saldo	-64.704,15	-187.711,55

Die Höhe der „Abschreibungen“ und die „Kalkulatorischen Zinsen“ stehen für die Nachkalkulationen 2014 und 2015 noch nicht fest. Erst wenn in der Anlagenbuchhaltung die Jahresergebnisse der Abschreibungen vorliegen, können exakte Werte vorgelegt werden. In den Nachkalkulationen für 2014 und 2015 wurden daher die

zwischenzeitlich bekannten Abschreibungen übernommen. Auch die „Regiekosten“, die im sachlichen Betriebsaufwand enthalten sind, stehen noch nicht endgültig fest.

Die tatsächliche Abwassermenge (OOWV und durch die Gemeinde selbst abgerechnete Abwassermenge) betrug in den Jahren 2009 bis 2013 insgesamt:

Abwassermenge je Jahr in cbm

2009	2010	2011	2012	2013	2014 Hochrechnung
821.136	825.135	869.799	827.232	824.484	839.474

Für 2014 liegt eine Hochrechnung vom Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband Brake in Höhe von 839.474 cbm vor. In der Nachkalkulation für 2014 wurde mit einer Abwassermenge in Höhe von 840.000 cbm kalkuliert. Von Jahr zu Jahr schwanken die Gebühreneinnahmen. Das liegt darin begründet, dass sich die Jahreseinnahmen aus Vorausleistungen und Nachforderungen bzw. Erstattungen für das Vorjahr zusammensetzen.

Das Gesamtvolumen der sachlichen Betriebskosten beträgt in der Nachkalkulation 2014 insgesamt 993.756,49 € und in der Nachkalkulation für 2015 insgesamt 1.013.826,76 €.

Einen großen Anteil an den Aufwendungen der zentralen Abwasserbeseitigung für Schmutzwasser haben die Abschreibungen und die kalkulatorischen Zinsen. Für die Nachkalkulationen 2014 und 2015 wurden die Abschreibungen des Jahres 2012 eingerechnet, da diese bereits vorliegen. Tatsächliche Abschreibungen sind erst bekannt, wenn der Jahresabschluss in der Anlagenbuchhaltung fertig gestellt wurde.

Anhand des Restbuchwertes 2012 und unter Berücksichtigung des Abzugskapitals (Beitrags- und Zuschusszahlungen, die vom Restbuchwert abgezogen werden) wurden die kalkulatorischen Zinsen berechnet.

Die letzten Gebührensenkungen reichten nicht aus, den kumulierten Überschuss aus Vorjahren abzubauen.

Vorläufige jährliche Entwicklung des Überschusses

Jahr	Fortschreibung		jährliche Entwicklung
bis 31.12.09	643.361,62	Ergebnis 2009	56.814,31
bis 31.12.10	815.074,85	Ergebnis 2010	171.713,23
bis 31.12.11	915.729,48	Ergebnis 2011	100.654,63
bis 31.12.12	946.633,01	Ergebnis 2012	30.903,53
bis 31.12.13	971.949,29		25.316,28
bis 31.12.14	907.245,14		-64.704,15
bis 31.12.15	719.533,59		-187.711,55

In der vorstehenden Tabelle ist zu erkennen, dass sich in der Nachkalkulation für 2014 ein Defizit in Höhe von 64.704,15 € errechnete, sodass der kumulierte Überschuss bis zum 31.12.2014 auf 907.245,14 € rechnerisch reduziert werden konnte. Für das Haushaltsjahr 2015 wurde anhand der Planzahlen und der Abschreibungen aus dem Jahre 2012 ein Defizit in Höhe von -187.711,55 € errechnet, sodass der kumulierte Überschuss um diesen Betrag rechnerisch zum 31.12.2015 auf 719.533,59 € sinken müsste.

Aufgrund vorliegender Ergebnisse aus Vorjahren zeichnet sich ab, dass die Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen zu niedrig berechnet worden sein dürften. Durch verschiedene Investitionen, die in 2013 bis 2015 getätigt wurden, steigen die Aufwendungen für Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen in den Nachkalkulationen 2014 und 2015 und für die Gebührenberechnung 2016.

Aus den oben genannten Gründen schlägt die Verwaltung vor, den Gebührensatz von 2,10 € zunächst nicht zu verändern.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Anlage.

Anlagen:

BAB – Nachkalkulation 2015 als Grundlage für die Gebührenberechnung 2016.

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2015/115freigegeben am **09.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 30.06.2015**Bericht Ergebnis Kostenrechnung dezentrale
Schmutzwasserbeseitigung 2011 und 2012****Beratungsfolge:**Status

Ö

Datum

12.10.2015

Gremium

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Ergebnisse der Kostenrechnungen „Dezentrale Abwasserbeseitigung“ für 2011 und 2012 werden zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:**Allgemein**

In den Vorlagen 172/2011, 163/2012 und 122/2013 wurde bereits auf wesentliche Kostenpositionen der Jahre 2011 und 2012 eingegangen. Nach Fertigstellung der Kostenrechnungen 2011 und 2012 stehen nun die tatsächlichen Kosten des Klärwerkes fest, um die Berechnung für die Reinigung des Klärschlammes aufzustellen.

Abfuhrmenge

Die Abfuhrmenge sank 2011 im Vergleich zum Jahr 2010 um 57 cbm auf insgesamt 701 cbm. Für 2012 ist die Abfuhrmenge zum Vorjahr um 61 cbm auf insgesamt 640 cbm weiter gesunken.

	2010	2011	2012
Abfuhrmenge	758 cbm	701 cbm	640 cbm

Die Abfuhrmengen werden jährlich weiterhin schwanken, da nur dann eine Abfuhr aus den Hauskläranlagen veranlasst wird, wenn die Wartungsfirma laut Wartungsprotokoll eine Abfuhr des Klärschlammes für notwendig hält (bedarfsgerechte Abfuhr).

Dabei ist die Abfuhr des Klärschlammes aus Kleinkläranlagen unterschiedlich, weil die Kapazitäten durch die Größe der Kleinkläranlagen und durch die Anzahl der Benutzer unterschiedlich hoch sind.

Betriebsausgaben

	2011	2012
Fahrtkosten	15.421,77 €	14.850,65 €
Kosten der Reinigung	809,49 €	785,08 €
Verschmutzungszuschlag	6.842,02 €	6.650,39 €
Lohnkosten Verwaltung	5.241,69 €	5.703,01 €
Kosten Fäkalschlammanahme	4.095,46 €	4.009,54 €
Regiekosten (ab 2012)	0,00 €	3.579,80 €
Insgesamt:	32.410,43 €	35.578,47 €

Beim Vergleich der beiden Jahre gibt es bis auf die Regiekosten keine gravierenden Veränderungen, daher werden nicht alle Kostenpositionen angesprochen.

Fahrtkosten

Grund für die geringeren Fahrtkosten im Jahre 2012 ist die Abfuhrmenge, die im Jahre 2012 mit 640 cbm niedriger ausgefallen ist als 2011 in Höhe von 701 cbm.

Personalkosten

Im Ergebnis 2011 sind Personalkosten in Höhe von 5.241,69 € angefallen. Für 2012 sind die Personalkosten um 461,32 € auf insgesamt 5.703,01 € angestiegen. Verantwortlich für die Mehrkosten ist die allgemeine Tarifsteigerung ab 01.03.2012.

Regiekosten

Die Regiekosten werden **erstmalig** ab dem Jahre 2012 in der Kostenrechnung „Dezentrale Abwasserbeseitigung“ berücksichtigt. Für das Produkt Fäkalschlamm betragen sie insgesamt 14.319,18 €. Hiervon werden 25 Prozent = 3.579,80 € in das Ergebnis für 2012 eingerechnet.

Gebührensätze pro cbm:

	2010	2011	2012
Hauskläranlagen	63,00 €	63,00 €	63,00 €
Abflusslose Gruben	52,50 €	52,50 €	52,50 €

Die Gebührensätze für die dezentrale Schmutzwasserbeseitigung für Hauskläranlagen und abflusslose Sammelgruben haben sich für 2011 und 2012 nicht verändert.

Ergebnis

	2011	2012
Betriebsausgaben	32.410,43 €	35.578,47 €
Erträge	50.258,25 €	40.509,00 €
Überschuss lfd. Jahr	17.847,82 €	4.930,53 €
Überschuss aus Vorjahren	534,84 €	18.382,66 €
Fortschreibung des Überschusses	18.382,66 €	23.313,19 €

Bedingt durch die geringere Abfuhrmenge sind die Erträge im Jahre 2012 in Höhe von 40.509,00 € geringer ausgefallen als im Jahre 2011 in Höhe von 50.258,25 €. Rechnet man anhand der Abfuhrmengen für Hauskläranlagen und abflusslose Gruben jährlich die zu erwartenden Erträge aus, dann weichen diese Ergebnisse von den tatsächlichen Erträgen ab. Für diese Abweichungen sind Abfuhrmengen des Vorjahres (November/Dezember) verantwortlich, die erst im darauffolgenden Jahr zum Soll gestellt wurden.

Das Kostenrechnungsjahr 2011 konnte mit einem Überschuss in Höhe von 17.847,82 € abgeschlossen werden. Zuzüglich des fortgeschriebenen Überschuss aus Vorjahren in Höhe von 534,84 € ergibt sich ein fortzuschreibender Überschuss in Höhe von 18.382,66 €. Für 2012 wurde im laufenden Jahr ein Überschuss in Höhe von 4.930,53 € erwirtschaftet. Zuzüglich des fortgeschriebenen Überschusses zum 31.12.2011 in Höhe von 18.382,66 € ergibt sich zum 31.12.2012 ein Überschuss in Höhe von 23.313,19 €. Der Betrag ist in das Jahr 2013 zu übertragen.

Hinweis: Dieser kumulierte Überschuss wird sich in den nächsten Jahren durch die stufenweise Berücksichtigung der Regiekosten (2013 = 50 %, 2014 = 75 % und 2015 = 100 %) verringern.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Anlage 1 Ergebnis der Kostenrechnung „Fäkalschlamm“ 2011

Anlage 2 Ergebnis der Kostenrechnung „Fäkalschlamm“ 2012

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/134freigegeben am **09.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015

Festsetzung der Gebührensätze 2016 für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung legt für 2016 den Gebührensatz unverändert für die kostenrechnende Einrichtung „dezentrale Abwasserbeseitigung“ fest:

Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers / Fäkalschlamms
73,00 €
- b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers / Fäkalschlamms
62,50 €

Sach- und Rechtslage:

Die tatsächlichen Abfuhrmengen der letzten Jahre sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt. In der Tabelle sind die Schwankungen bei der tatsächlichen Abfuhrmenge in den Jahren deutlich zu erkennen. Die jährliche Abfuhrmenge wird auch weiterhin schwanken, da nur dann eine bedarfsgerechte Abfuhr erfolgt.

Abfuhrmengen in cbm:

2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015 geschätzt	2016 geschätzt
503	758	701	640	585	503	600	600

Für die Festsetzung der Gebühr 2016 bilden die Nachkalkulationen 2014 und 2015 die Berechnungsgrundlagen. Bei der Abfuhrmenge für 2014 in einer Größenordnung von 503 cbm wurden 2.804,75 Euro Mehreinnahmen erzielt.

Die Aufwendungen 2014 in Höhe von 41.886,69 Euro können sich dagegen noch geringfügig ändern, weil für die Berechnung der Reinigung des Klärschlammes im Klärwerk die „Kosten des Klärwerkes im zentralen Abwasserbereich“ und die Regiekosten noch nicht endgültig feststehen. Für 2014 wurden 75 % der Regiekosten berücksichtigt. Die Kostenrechnung 2014 weist für die dezentrale Abwasserbeseitigung rechnerisch zurzeit ein Defizit in Höhe von 5.045,94 Euro aus.

Das Ausgabevolumen 2015 fällt gegenüber dem Jahre 2014 voraussichtlich um rund 8.900 Euro höher aus. Für diese Steigerung sind zusätzliche Personalaufwendungen verantwortlich. Weiterhin sind Kostensteigerungen eingerechnet, da für 2015 mit einer Abfuhrmenge in Höhe von 600 cbm nachkalkuliert wurde. Wird mit einer höheren Abfuhrmenge kalkuliert, dann steigen auch die Fahrtkosten und die Kosten der Reinigung auf dem Klärwerk. Obwohl die Gebührensätze für die Jahre 2014 und 2015 um jeweils 5 Euro angehoben wurden, reichte das nicht aus, um die Aufwendungen zu decken. Die Nachkalkulation 2015 schließt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von rund 7.500 Euro. In der Gebührenberechnung für 2016 wurde mit einer Abfuhrmenge wie 2015 in Höhe von 600 cbm kalkuliert und eine leichte Kostensteigerung bei den Aufwendungen eingerechnet.

Unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Vorjahresergebnisse reduziert sich damit der kumulierte Überschuss auf 2.390,02 €

Im Hinblick auf die noch nicht vorliegenden Jahresergebnisse 2013 und 2014 sowie des fast abgelaufenen Jahres 2015, in denen sich noch, wie oben beschrieben, Änderungen ergeben können, schlägt die Verwaltung vor, die Gebührensätze für 2016 nicht anzuheben.

Finanzielle Auswirkungen:

siehe Anlage.

Anlagen:

Berechnung der Gebührensätze für Fäkalschlamm.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/135**freigegeben am **14.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015**Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Niederschlagswasser****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung legt für 2016 den Gebührensatz unverändert für die kostenrechnende Einrichtung „zentrale Niederschlagswasserbeseitigung“ fest:

Gebührensatz für die Niederschlagswasserbeseitigung

Der Gebührensatz beträgt 0,20 € je qm überbauter und befestigter Grundstücksfläche, die an die Niederschlagswasserbeseitigung angeschlossen ist.

Sach- und Rechtslage:

Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr 2016 waren die Planzahlen für 2015. Eine Nachkalkulation für 2015 konnte noch nicht aufgestellt werden, da das Jahr noch nicht abgeschlossen ist und somit keine „Istzahlen“ vorliegen. Für 2016 wurde eine Gebührenkalkulation anhand der vorhandenen Planzahlen aufgestellt.

Die Zahlen sind teilweise rechnerische Ergebnisse, die aber dennoch den Status der Planzahl behalten. In der nachfolgenden Tabelle wurden die Erträge, der sachliche Betriebsaufwand und die kalkulatorischen Kosten gegenüber gestellt:

	2015 Planzahlen Euro	2016 Planzahlen Euro
Sachl. Betriebsaufwand	220.630,00	251.932,00
Abschreibungen	237.171,00	237.170,80
Kalk. Zinsen	225.182,00	243.743,22
Aufwendungen insgesamt	682.983,00	732.846,02

Genehmigungsgebühren	500,00	5.500,00
Benutzungsgebühren Niederschlagswasserbeseitigung	383.205,00	389.701,60
Anteil Straßenentwässerung	299.278,00	300.186,53
Erträge insgesamt	682.983,00	695.388,13
Saldo	0,00	-37.457,89

Der sachliche Betriebsaufwand steigt um rd. 31.000 € auf rd. 252.000 € an. Grund für die Mehrausgaben sind insbesondere zusätzliche Aufwendungen für Personal sowie Kanalspülungen und Reparaturen.

Bei den Abschreibungen wurden die endgültigen Werte vom 31.12.2012 genommen und alle Abschreibungen für die Zeit von 2013 bis 2015 hochgerechnet, sodass annähernd genaue Abschreibungen für die Niederschlagswasserbeseitigung 2015 ermittelt wurden. Für 2016 wurden deshalb die gleichen Abschreibungen zugrunde gelegt wie im Jahre 2015.

Die „kalkulatorischen Zinsen“ wurden für 2015 und 2016 mit dem Zinssatz in Höhe von 3 % Prozent berechnet. Die kalkulatorischen Zinsen sind in der Gebührenberechnung für 2016 um 18.561,22 € höher angesetzt als 2015.

Grund für die Steigerung sind Sonderposten (Zuschüsse), die im Jahre 2015 versehentlich beim Abzugskapital doppelt berücksichtigt und in der Gebührenberechnung für 2016 berichtigt wurden.

Ermittlung des Straßenentwässerungsanteils aus den laufenden Kosten für 2016:

	Flächen qm	Regenhöhe m	abgefl. Regenwasser qm	Prozentanteile	Rundung
	-			-	
Versiegelte Grundstücksflächen	1.948.508	0,6545	1.275.298	78,88	79
gewichtete Verkehrsflächen	521.753	0,6545	341.487,34	21,12	21
					100

In der Gebührenberechnung 2015 wurden die überbauten und befestigten Flächen der Grundstücke mittels Selbstauskunftsverfahren ermittelt. Für 2015 wurden gebührenpflichtige Flächen in einer Größenordnung von 1.847.859 qm zugrunde gelegt. Diese versiegelten Flächen, die sich nach einzelnen Faktoren aufschlüsseln, haben sich mittlerweile um 34.351 qm reduziert; es mussten einzelne Berichtigungen vorgenommen werden.

Für 2016 werden sich die versiegelten Grundstücksflächen um ca. 135.000 qm auf 1.948.508 qm erhöhen. Grund für die Erhöhung sind neue Baugebiete, die neu veranlagt werden. Diese Flächen werden mit der angefallenen Niederschlagshöhe multipliziert. Diese errechneten Werte ergeben das auf die versiegelten Grundstücksflächen und Verkehrsflächen abgeflossene Regenwasser, die dann ins Verhältnis zueinander gesetzt werden.

Der Grundstücksentwässerungsanteil beträgt 79 Prozent und der Straßenentwässerungsanteil 21 Prozent (2015 wurde das Verhältnis 78 zu 22 Prozent ermittelt).

Ermittlung der Jahreskosten für 2016	Niederschl.Wasser	Straßenentw.	insgesamt
Prozent	79	21	100
Betriebskosten	199.026,28	52.905,72	251.932,00
abzüglich Erträge	-5.500	0	-5.500,00
kalk. Abschreibungen	138.444,96	98.725,85	237.170,80
kalk. Zinsen	95.188,25	148.554,97	243.743,22
	427.159,49	300.186,53	727.346,02

Nach dem oben berechneten Verhältnis werden dann die kalkulierten Kosten aufgeteilt. Danach fallen auf den Straßenentwässerungsanteil insgesamt 300.186,53 €. Dieser Aufwand ist vom Produkt „Gemeindestraßen“ an das Produkt „Niederschlagswasser“ zu verrechnen.

Der gebührenpflichtige Aufwand in Höhe von 427.159,49 € ist von den Gebührenzahlern aufzubringen. Geteilt durch die versiegelten Flächen in Höhe von 1.948.508 qm ergäbe sich eine Niederschlagswassergebühr in Höhe von rund 0,22 €/qm.

Da es sich bei den Gebührenkalkulationen 2015 und 2016 um Planzahlen handelt, wird vorgeschlagen, die Gebühr für 2016 in Höhe von 0,20 €/qm, wie im Jahre 2015, zu belassen und zunächst endgültige Jahresrechnungen abzuwarten.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Anlage.

Anlagen:

BAB 2016 – Berechnung des Gebührensatzes für die Beseitigung von Niederschlagswasser

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/136

freigegeben am **10.09.2015**

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015

Gebührensatzsatzung 2016 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2015/136 beigelegte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2016 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Erläuterungen zu den Gebührensätzen sind den Vorlagen

- 2015//131 Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung
- 2015/133 Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser
- 2015/134 Festsetzung der Gebührensätze 2016 für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser
- 2015/135 Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Niederschlagswasser zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Vorlagen.

Anlagen:

Anlage 1 : Gebührensatzsatzung 2016

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/122**freigegeben am **14.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 22.07.2015**Haushalt 2010 - Beschluss über die Jahresrechnung 2010 -
Entlastung des Bürgermeisters****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Ergebnisse des Jahresabschlusses - ohne Überschussverwendung - werden wie folgt festgestellt:
Ordentliches Ergebnis: Überschuss in Höhe von 3.658.236,06 Euro
Außerordentliches Ergebnis: Fehlbetrag in Höhe von 192.529,49 Euro
2. Überschussverwendung:
 - a. Vom ordentlichen Ergebnis in Höhe von 3.658.236,06 Euro wird der Überschuss der kostenrechnenden Einrichtung zentrale Abwasserbeseitigung in Höhe von 171.713,23 Euro dem Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt. Das ordentliche Ergebnis reduziert sich dadurch auf 3.486.522,83 Euro
 - b. Vom verbliebenen v.g. ordentlichen Ergebnis in Höhe von 3.486.522,83 Euro wird der Überschuss der kostenrechnenden Einrichtung dezentrale Abwasserbeseitigung, soweit er nicht zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren benötigt wird, in Höhe von 534,84 Euro dem Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt. Das ordentliche Ergebnis reduziert sich dadurch auf 3.485.987,99 Euro
 - c. Vom verbliebenen v.g. ordentlichen Ergebnis in Höhe von 3.485.987,99 Euro wird der Überschuss der kostenrechnenden Einrichtung Straßenreinigung in Höhe von 777,34 Euro dem Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt. Das ordentliche Ergebnis reduziert sich dadurch auf 3.485.210,65 Euro.

- d. Der verbleibende Überschuss von 3.485.210,65 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
3. Ausgleich Fehlbetrag
 - a. Zum Ausgleich des Fehlbetrages des außerordentlichen Ergebnishaushaltes wird der Gesamtbestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 33.525,61 Euro entnommen. Der Fehlbetrag reduziert sich damit auf den Betrag von 159.003,88 Euro.
 - b. Zum Ausgleich des verbliebenen Fehlbetrages in Höhe von 159.003,88 Euro wird eine Verrechnung mit der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses vorgenommen. Zu diesem Zweck ist der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Haushaltes ein Betrag in Höhe des verbliebenen Fehlbetrages zu entnehmen.
4. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010 wird unter Berücksichtigung der vorstehenden Punkte beschlossen.
5. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2010 Entlastung erteilt.

Sach- und Rechtslage:

Nach § 129 Abs. 1 NKomVG stellt der Bürgermeister die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses fest und legt ihn dem Rat mit dem jeweiligen Schlussbericht der Rechnungsprüfung und mit einer eigenen Stellungnahme zu diesem Bericht vor. Der Rat beschließt über den Jahresabschluss und die Entlastung des Bürgermeisters.

Die Verwaltung hat unverzüglich nach Ausfertigung des Jahresabschlusses 2010 diesen dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt. Die Prüfung wurde durchgeführt und darüber der anliegende Prüfbericht vom 26.05.2015 ausgefertigt. Zu den Prüfungsbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes ist eine Stellungnahme erstellt worden. Sie ist in der Anlage beigefügt. Im Ergebnis ergeben sich keine Feststellungen oder Beanstandungen, die einer Entlastung des Bürgermeisters entgegenstehen.

Begründung für den Vorschlag der Überschussverwendung und Deckung des Fehlbetrages:

Ein positives Jahresergebnis ist immer das Ziel einer Kommune. Der gegebenenfalls vorhandene Überschuss muss im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten verwendet, ein Fehlbetrag muss nach den gesetzlichen Vorgaben im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten ausgeglichen werden.

Die Verwaltung schlägt dem Rat vor, den Überschuss des ordentlichen Ergebnishaushaltes zunächst „nur“ der Überschussrücklage und nicht schon dem Reinvermögen zuzuschlagen. Auf die Ausführungen im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2009 wird insoweit verwiesen.

Der Jahresabschluss 2010 ist der zweite doppische Jahresabschluss, den die Gemeinde Rastede erstellt hat. Es wurde davon Abstand genommen, nur anhand von zwei Jahresergebnissen grafische Entwicklungskurven und damit Kennzahlen zu berechnen, um aus diesen heraus Entwicklungen und Tendenzen zu schlussfolgern. Lediglich zwei Wirtschaftsergebnisse lassen dies nach Meinung der Verwaltung noch nicht zu. Es kann jetzt allenfalls positiv zur Kenntnis genommen werden, dass weitestgehend alle Bilanzwerte einen positiven Sprung gemacht haben und die Bilanzsumme gestiegen ist.

Die in dem Beschlussvorschlag genannten Beträge finden sich so direkt nicht in der Bilanz. Dafür gibt es zwei Gründe:

- Das in der Bilanz unter der Position 1.3.2.1 ausgewiesene Jahresergebnis von 3.465.706,57 Euro ist das kumulierte Jahresergebnis des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses ohne Überschussverwendung und Fehlbetragsdeckung. Die Einzelbeträge finden sich in der Gesamtergebnisrechnung.
- Das in der Bilanz unter der Position 1.3.2.0 ausgewiesene Jahresergebnis von 173.025,41 Euro ist der kumulierte Wert von +171.713,23 Euro (Überschuss kostenrechnende Einrichtung zentrale Abwasserbeseitigung), +534,84 Euro (Überschuss kostenrechnende Einrichtung dezentrale Abwasserbeseitigung) und +777,34 Euro (Überschuss kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung). Diese Buchungen hätten erst nach Beschluss über diesen Beschlussvorschlag ausgeführt werden dürfen. Die Buchung war nicht korrekt, allerdings ohne Auswirkung auf das Ergebnis. Deshalb ist eine förmliche Beanstandung durch das RPA nicht erfolgt.
- Zahlenmäßige Gesamtdarstellung der Überschüsse und ihre Verwendung:

ordentliches Ergebnis:	3.658.236,06
Überschussverwendung:	
- Entnahme Überschuss zentrale Abwasserbeseitigung	- 171.713,23
- Entnahme Überschuss dezentrale Abwasserbeseitigung	- 534,84
- Entnahme kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung	- 777,34
Zwischenergebnis:	3.485.210,65
- Zuführung zur Rücklage Überschuss ordentliches Ergebnis:	-3.485.210,65
	0,00

außerordentliches Ergebnis (Fehlbetrag):	192.529,49
Deckung Fehlbetrag (begründet vor allem durch periodenfremde Aufwendungen) :	
- Entnahme Rücklage Überschuss außerordentliches Ergebnis:	-33.525,61
- Entnahme Rücklage Überschuss ordentliches Ergebnis:	- 159.003,88
	0,00

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Anlage 1: Jahresrechnung 2010

Anlage 2: Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Anlage 3: Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/154**freigegeben am **14.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 08.09.2015**Erlass einer Spielgerätesteuersatzung****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung einer Spielgerätesteuer für das entgeltliche Benutzen von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits- sowie Unterhaltungsgeräten und -automaten (Spielgerätesteuersatzung) wird beschlossen.
2. Die 3. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 02.12.85 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die derzeit gültige Vergnügungssteuersatzung stammt aus dem Jahr 1985. Diese Satzung regelt unter anderem die Besteuerung der Geräte nach einem Stückzahlmaßstab. Danach ist für jedes einzelne Gerät eine Pauschalsteuer zu entrichten.

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich zwischenzeitlich gegen diesen Stückzahlmaßstab ausgesprochen, weil eine am Einspielergebnis orientierte Steuer wirklichkeitsnäher ist. Zwar hatte sich das Oberverwaltungsgericht bemüht, die Zulässigkeit des Stückzahlmaßstabes auch gegen die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zu rechtfertigen; aus diesem Grund waren die Kommunen des Ammerlandes auch zurückhaltend bei der Änderung ihrer Steuersatzungen.

Nunmehr hat sich die Rechtsprechung jedoch so gefestigt, dass der Stückzahlmaßstab tatsächlich rechtlich nicht mehr haltbar ist. Die Rechtswidrigkeit des Stückzahlmaßstabes wurde auch vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigt.

Nach und nach haben die Kommunen des Ammerlandes ihre Spielgerätesteuersatzung der Rechtsprechung angepasst. Nur die Gemeinden Bad Zwischenahn und

Rastede fehlen noch. Die Gemeinde Bad Zwischenahn beabsichtigt, ihre Satzung ab 2016 zu ändern. Insbesondere vor dem rechtlichen Hintergrund ist es nunmehr geboten, die Satzung auch in Rastede anzupassen.

Derzeit sind in der Vergnügungssteuersatzung auch folgende andere Tatbestände geregelt:

§ 1 - Steuergegenstand

Die Gemeinde erhebt Vergnügungssteuer für die folgenden im Gemeindegebiet veranstalteten Vergnügungen gewerblicher Art:

1. *Tanz- und karnevalistische Veranstaltungen;*
2. *Veranstaltungen von Schönheitstänzen, Schaustellungen von Personen und Darbietungen ähnlicher Art;*
3. *Veranstaltungen, bei denen Filme bespielte Videokassetten, Bildplatten oder vergleichbare Bildträger vorgeführt werden, die von der obersten Landesbehörde nicht gemäß § 6 Abs. 3 Ziff. 1 - 5 des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit i.d.F. vom 25.02.1985 (BGBl. I. S. 425) freigegeben worden sind;*
4. *das Ausspielen von Geld oder Gegenständen in Spielclubs, Spielcasinos und ähnlichen Einrichtungen;*
5. *der Betrieb von Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsapparaten und -automaten (einschließlich der Apparate und Automaten zur Auspielung von Geld und Gegenständen sowie Musikautomaten, ausgenommen Poolbillard, Fußballkicker und Spielgeräte für Kleinkinder) in Gaststätten, Vereinsräumen, Kantinen und an anderen Orten, die der Öffentlichkeit zugänglich sind;*
6. *Catcher-, Ringkampf- und Boxkampfveranstaltungen, wenn Personen auftreten, die solche Kämpfe berufs- oder gewerbsmäßig ausführen.*

Wegen des Umfangs der die Spielgerätesteuer betreffenden Regelungen empfiehlt es sich (so auch in den Nachbargemeinden praktiziert) eine spezielle Spielgerätesteuersatzung zu erlassen und in der Vergnügungssteuersatzung die Tatbestände aufzuheben, die die Spielgeräte betreffen.

Verbunden mit dem Neuerlass der Spielgerätesteuersatzung ist eine Entscheidung über die Höhe der Steuersätze. Die Verwaltung schlägt vor, sich dem bis jetzt einheitlichen Steuerniveau im Landkreis Ammerland (und auch bis jetzt der Stadt Oldenburg) anzupassen. Danach ergeben sich folgende Steuerfestsetzungen:

Steuerart	Hebesatz aktuell		Hebesatz mögliche Veränderung		Letzte Anhebung
Vergnügungssteuer	Geräte mit Gewinnmöglichkeit	Gaststätte: 23,00 Spielhalle: 61,00	Geräte mit Gewinnmöglichkeit	Abschaffung der Pauschalbesteuerung und Einführung Besteuerung nach Gewinn: 15 %	01.01.2002
	Geräte ohne Gewinnmöglichkeit	Gaststätte: 6,00 Spielhalle: 38,00	Geräte ohne Gewinnmöglichkeit	Gaststätte: 20,00 Spielhalle: 50,00	
	Geräte: Darstellung Gewalttätigkeiten	0,00	Geräte: Darstellung Gewalttätigkeiten	300,00	
	Musikautomaten	8,00	Musikautomaten	10,00	
	PC-Bildschirmplätze	0,00	PC-Bildschirmplätze	10,00	

	Geräte mit Gewinnmöglichkeiten			Geräte ohne Gewinnmöglichkeiten	
	nach Spielein-satz	in Gaststätten monatl. je Gerät	in Spielhallen monatl. je Gerät	in Gaststätten monatl. je Gerät	in Spielhallen monatl. je Gerät
Apen	15%			20,00	50,00
Bad Zwischenahn		60,00	150,00	15,00	45,00
Edeweicht	15%			20,00	50,00
Rastede	jetzt: 0 %	jetzt: 23,00	jetzt: 61,00	jetzt: 6,00	jetzt: 38,00
	Vorschlag: 15 %	Vorschlag: entfällt	Vorschlag: entfällt	Vorschlag: 20,00	Vorschlag: 50,00
Westerstede	15%			20,00	50,00
Wiefelstede	15 %			20,00	50,00

	Geräte mit denen Gewalttätigkeiten dargestellt werden monatl. je Gerät	Musikautomaten monatl. je Gerät	PC-Bildschirmplätze monatl. je Gerät
Apen	300,00	10,00	10,00
Bad Zwischenahn	195,00	10,00	
Edeweicht	300,00	10,00	10,00
Rastede	jetzt: 0,00	jetzt: 8,00	jetzt: 0,00
	Vorschlag: 300,00	Vorschlag: 10,00	Vorschlag: 10,00
Westerstede	300,00	10,00	10,00
Wiefelstede	300,00	10,00	10,00

Eine Anhebung der Steuersätze entsprechend dem vorstehenden Vorschlag dürfte zu einem jährlichen Mehrertrag von ca. 30.000 Euro führen. Die Mehreinnahme ist in dem Haushaltsplanentwurf 2016 noch nicht berücksichtigt worden.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Anlage 1: Spielgerätesteuersatzung

Anlage 2: 3. Satzung zur Änderung der Vergnügenssteuersatzung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/137freigegeben am **10.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 27.08.2015**Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	02.11.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	09.11.2015	Schulausschuss
Ö	10.11.2015	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	16.11.2015	Kultur- und Sportausschuss
Ö	17.11.2015	Feuerschutzausschuss
Ö	07.12.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

- Für den Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur ersten Beratung:*
Dem Entwurf der Haushaltsplanung wird unter Berücksichtigung der Beratung zugestimmt und zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.
- Für die Beratung in den Fachausschüssen:*
Der Ausschuss stimmt dem Entwurf der Haushaltsplanung unter Berücksichtigung der Beratung zu.

Sach- und Rechtslage:

Der Haushaltsentwurf 2016 ist ausgeglichen. Der Haushalt erwirtschaftet die rechtlich erforderliche ordentliche Tilgung. Die planmäßige Kreditaufnahme im Bereich der Investitionen erreicht rund 5,8 Mio. Euro.

Bereich laufende Verwaltung

Der Haushaltsausgleich ist das Ergebnis von Ausgabenverzicht bei gleichzeitig höheren Einnahmen der sog. Allgemeinen Deckungsmittel. Der Überschuss im Ergebnishaushalt beträgt 18.442 Euro. Ohne den nichtliquiden Anteil beträgt der Überschuss (= Finanzhaushalt, Bereich laufende Verwaltung) 1.041.812 Euro. Von diesem Überschuss entfallen 541.000 Euro auf die ordentliche Tilgung, und 500.812 Euro sind eine freie Investitionsspitze, die für Investitionen eingesetzt wird und in dieser Höhe eine ansonsten erforderliche Kreditaufnahme reduziert.

Die Investitionsspitze ist besser ausgestattet als in den vergangenen Jahren, aber Ergebnis haushaltsrechtlicher Erwirtschaftungspflicht.

2016 kann die Gemeinde nach jetzigem Stand der Kenntnisse von höheren Allgemeinen Deckungsmitteln profitieren. Diese werden gegenüber 2015 voraussichtlich rd. 1.300.000 Euro mehr betragen. Gemessen am Volumen des Finanzhaushaltes ist das ein Anteil von fast 50 %, den zum größten Teil die Gemeinde selbst nicht beeinflussen kann; hier werden sich spätestens zum Beginn der Beratungen der zweiten Sitzung des Finanz-und Wirtschaftsausschusses aktuellere Erkenntnisse ergeben haben.

Inhaltlich ist der laufende Haushalt vor allem durch die Zunahme von Aufwendungen im Bereich „Kindertagesstätten“ geprägt und dabei insbesondere von den Personalaufwendungen. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Steigerung aufgrund der Tarifverhandlungen 2016 werden sich die Personalaufwendungen um rund 8,4 % gegenüber dem Vorjahr steigern.

Investitionen

Das Investitionsvolumen beträgt 13.822.000 Euro, der durch Beiträge und Zuschüsse nicht gedeckte Saldo beträgt 6.335.070 Euro. Zieht man davon die o.g. Investitionsspitze von 500.812 Euro ab, dann ergibt das den Kreditbedarf von 5.835.259 Euro.

Die Investitionen verteilen sich grundsätzlich über die gesamte Aufgabenbreite der Gemeinde.

Nach dem Abschluss der Baumaßnahme „Sportanlage Köttersweg“, für die lediglich noch eine Restsumme im Rahmen des ursprünglich vorgesehenen Budgets zur Verfügung gestellt wird, wird ein großer Anteil erneut im Bereich der Schulen investiert werden müssen. Dies betrifft vor allem die Grundschule Kleibrok, wo – ohne Berücksichtigung etwaiger baulicher Entwicklung – sich ein erheblicher Bedarf im Bereich „Ganztagsschule“, „Ersatz vorhandener Schulcontainer“ und Sanierung der Sporthalle abzeichnet.

Überlegungen hinsichtlich der Gebäudesanierung haben sich diesmal im Bereich der Kooperativen Gesamtschule konzentriert, wo bereits in den vergangenen Jahren ein Nachholbedarf insbesondere in den Flur- und Klassenräumen im obersten Geschoss festgestellt wurden.

Nachdem bereits die Vorermittlungen und Planungsüberlegungen für die Erweiterung der Kläranlage in Bezug auf die Errichtung eines Faulturmes abgeschlossen worden sind, werden auch hier erste Aufwendungen für die Realisierung erforderlich.

Neben aufwendigen Kanalsanierungen stehen auch Erschließungsaufgaben an, die sich auf Neubaugebiete in den Bereichen Hahn-Lehmden und Rastede konzentrieren.

Weitere Investitionsmaßnahmen werden im Zusammenhang mit den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes vorgestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

- Anlage 1: Inhaltsverzeichnis Mittelanmeldungen
- Anlage 2: Mittelanmeldungen Produkte - Geld
- Anlage 3: Mittelanmeldungen Produkte - Kein Geld
- Anlage 4: Mittelanmeldungen Kostenstellen - Geld
- Anlage 5: Mittelanmeldungen Kostenstellen - Kein Geld
- Anlage 6: Investitionsprogramm
- Anlage 7: Übersicht über Produkte und Kostenstellen
- Anlage 8: Stellenplanübersicht mit Erläuterungen

Zu den Anlagen ist folgendes auszuführen:

Die Haushaltsplanung nach doppischen Gesichtspunkten erlaubt ohne umfangreiche zusätzliche Informationen keinen Einblick in Details. Dies ist vom Gesetzgeber ausdrücklich auch so gewollt.

Die Verwaltung handelt traditionell allerdings nicht so. Sie hat Detailinformationen vorgelegt, die einen umfangreichen Einblick auch in einzelne Objekte bzw. Projekte erlauben.

Auf Wunsch wurde bezüglich der Darstellung auf die Verwendung eines Minuszeichens bei den Einnahmen bzw. Erträgen verzichtet; lediglich im Bereich der Investitionen wurde diese Systematik beibehalten, da aus Sicht der Verwaltung nur so der Zusammenhang zwischen Aufwendungen und Erträgen sichtbar wird. Eine durchaus mögliche farbliche Abgrenzung für eine technische Darstellung hätte den Nachteil gehabt, bei einem schwarz / weiß Ausdruck nicht mehr erkennbar zu sein.

Die Anlagen sind wie folgt zu verstehen:

Die Anlagen 1 und 3 enthalten die Positionen, die Geld, also die Liquidität betreffen. Zunächst werden die Ausgaben aufgelistet und danach die Einnahmen. Die Sortierung richtet sich nach Teilhaushalten, so wie sie von den Geschäftsbereichen zu verantworten sind, und innerhalb der Teilhaushalte nach Produkten / Kostenstellen. Die Anlagen 2 und 4 enthalten die Positionen, die nichtliquide Haushaltspositionen betreffen; diese beinhalten insbesondere „Innere Verrechnungen“ und „Abschreibungen“.